

Neutral in die Landtagswahl?

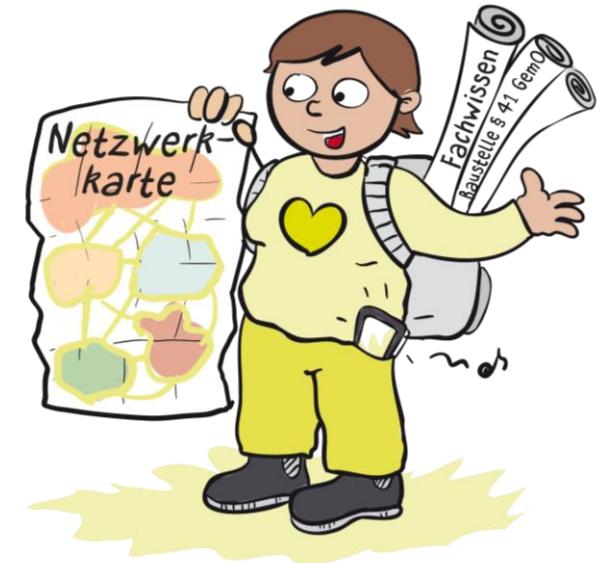
**Haltung zeigen in der
Jugend(sozial)arbeit**

Agenda

- Über die Servicestelle
- Was interessiert „die Jugend“?
- Wie wirkt Populismus?
- Gibt es ein Neutralitätsgebot?
- #aktiv werden: Was können wir tun? Und formelle Vorgaben.
- Angebote der Servicestelle

Wer wir sind

Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg (SKJB BW) setzt sich ein für die Beteiligung von Jungen Menschen.



Unser Partizipationsverständnis

- Beteiligung ist die aktive Mitgestaltung der Gesellschaft durch:
- politische Beteiligung
- freiwilliges, gesellschaftliches Engagement

Wer wir sind

Drei Träger: gemeinsam und gleichberechtigt

- Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit BW (LAG JSA)
- Landesjugendring BW (LJR)
- Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung BW (LKJ)

Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg

Beratung · Förderung · Würdigung · Qualifizierung · Vernetzung · Wahlalter 16



Good Practice

Instakanal: @skjb_bw: wir stellen engagierte junge Menschen vor



Good practice

<https://kinder-jugendbeteiligung-bw.de/wissenswertes/good-practice>

Fünf Kurzfilme, fünf verschiedene Engagementfelder, in denen Beteiligung junger Menschen auf unterschiedlichste Weise stattfindet oder stattgefunden hat.

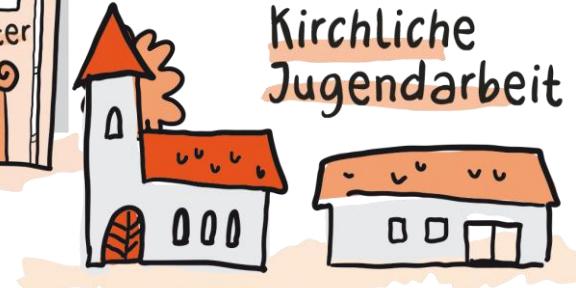
Die Filme geben Einblick in die Vielfältigkeit der Beteiligung von jungen Menschen in Baden-Württemberg.

Es gibt Beispiele gelingender Beteiligung oder jungen Engagements vor Ort?

Mirjam Brose freut sich, es sichtbar(er) zu machen!

brose@kinder-jugendbeteiligung-bw.de

Was interessiert „die Jugend“ an Politik?



Öffentlicher Raum



Verkehrsplanung



Jugendverbandsarbeit

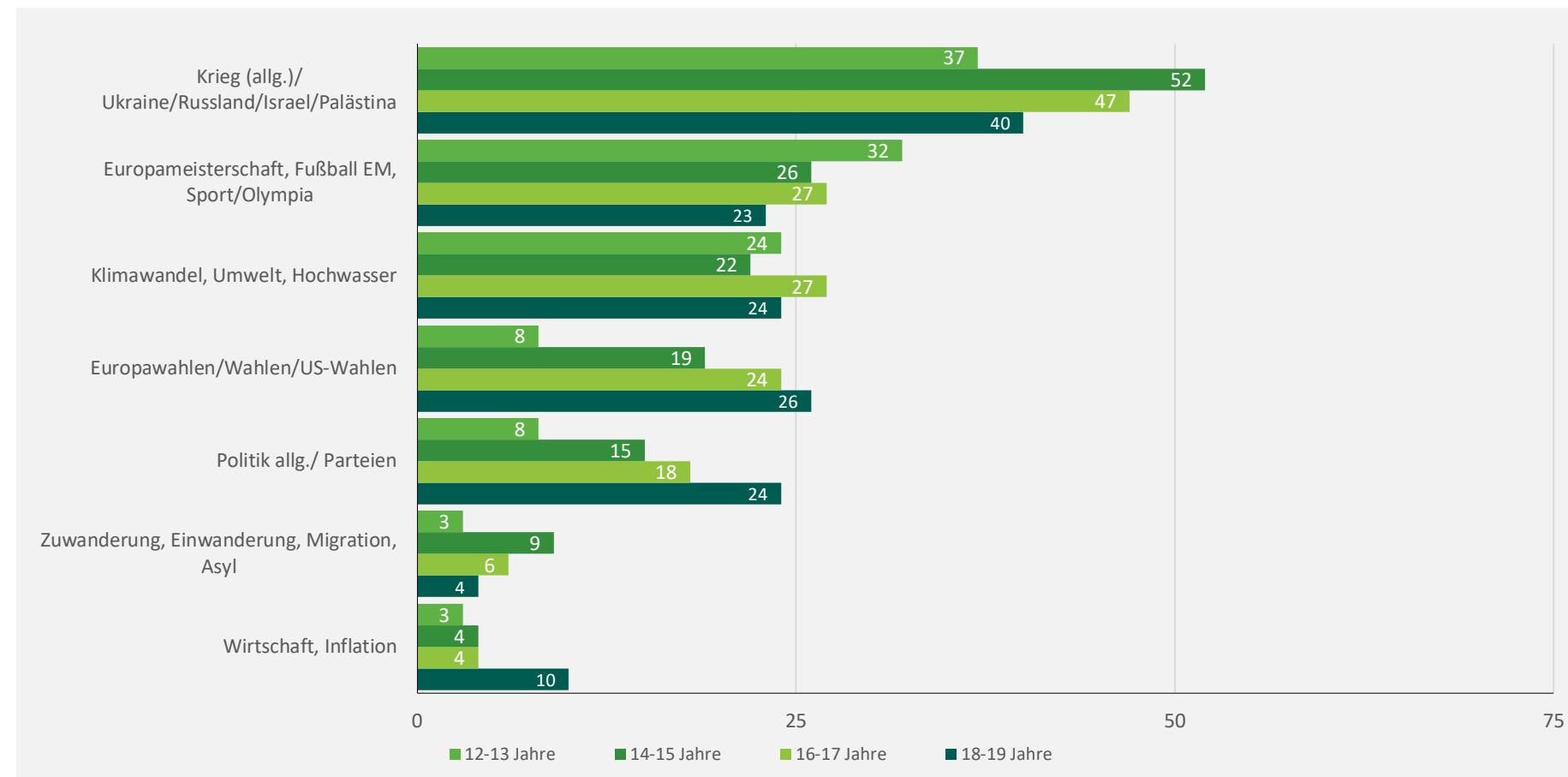


Jugend-
sozialarbeit



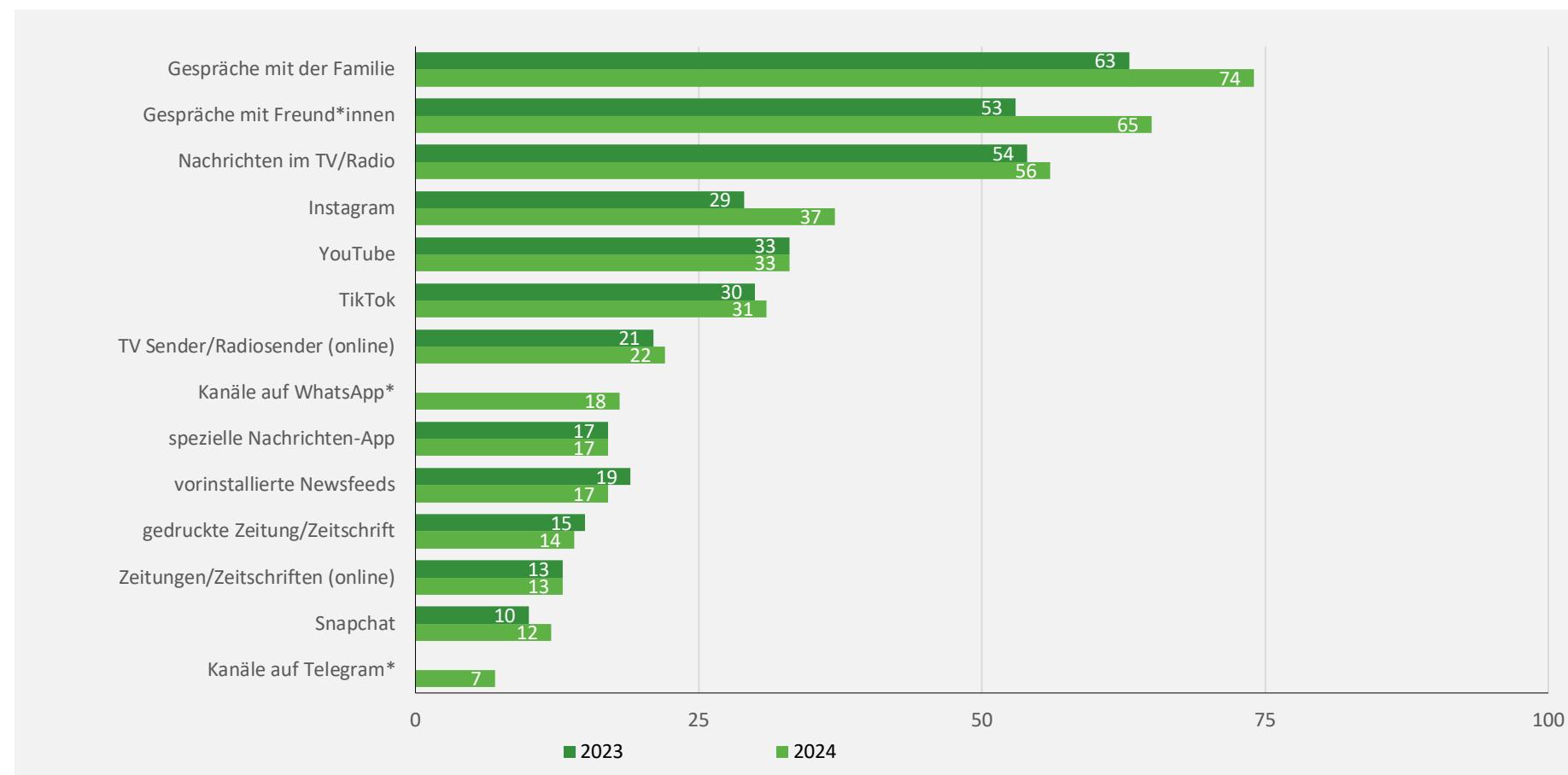
Jugendthemen



Interesse an aktuellen Themen 2024**- ohne Antwortvorgabe, bis zu zwei Nennungen, Auswahl-**

Ich erfahre über das aktuelle Weltgeschehen durch ... 2024 - Vergleich 2023

- täglich/mehrmais pro Woche -



Politisch uninteressiert?

- Protestwähler*innen finden sich eher in der Mittelschicht, Nichtwähler*innen eher in der Gruppe ökonomisch schwächer gestellter Menschen
- Sorgen und Nöte von Menschen mit wenig finanziellen Mitteln drehen sich vorwiegend um die Rahmenbedingungen des Alltags, z. B.:
 - Freizeiteinrichtungen,
 - guter Anschluss zum öffentlichen Personennahverkehr,
 - bezahlbarer Wohnraum,
 - niedrigschwellige Anlaufstellen wie Familienbüros,
 - ...

Politisch uninteressiert?

„Wenn es der Politik gelingt, in den Lebensquartieren der Menschen hier erkennbar Verbesserungen zu erreichen, dann werden Menschen sich auch gehört fühlen und darauf vertrauen, mit ihren Sorgen und Nöten ernst genommen zu werden.
Und darum geht es ja letztlich in einer Demokratie.“

Quelle:

Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023. S. 265

Politisch uninteressiert?

- Landeseben ist oft abstrakt, ihr Einfluss auf das Leben der Menschen lässt sich schwer nachvollziehen
- Populismusträchtige Themen sind hingegen eher auf der Bundesebene zu finden, z. B. im Bereich Außenpolitik (z. B. Kriege) oder Umweltpolitik (z. B. Solarförderung)

(Jugend)Themen auf Landesebene

- Im Bundesrat entscheiden die Länder über Gesetzgebung mit
- Wichtige Aufgaben, die die Länder selbst regeln:
 - Strafvollzug
 - **Ladenschluss- und Gaststättenrecht**
 - Presse- und Rundfunkrecht
 - Notarrecht
 - **Demonstrationsrecht**
 - Regelungen zur Besoldung, Versorgung und Laufbahn von Landesbeamten
 - **Planung, Organisation und Gestaltung des ÖPNV**
 - **Jagdrecht**
 - **Schul- und Hochschulgesetze**
 - **Öffentliche Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur**
 - **Kulturelle Förderung**
 - Polizeirecht
 - **Regelungen für Verwaltung und Gliederung von Kommunen**
 - Ausweisung von Naturschutzgebieten

Wie wirkt Populismus?

Rechte Eskalationsspirale

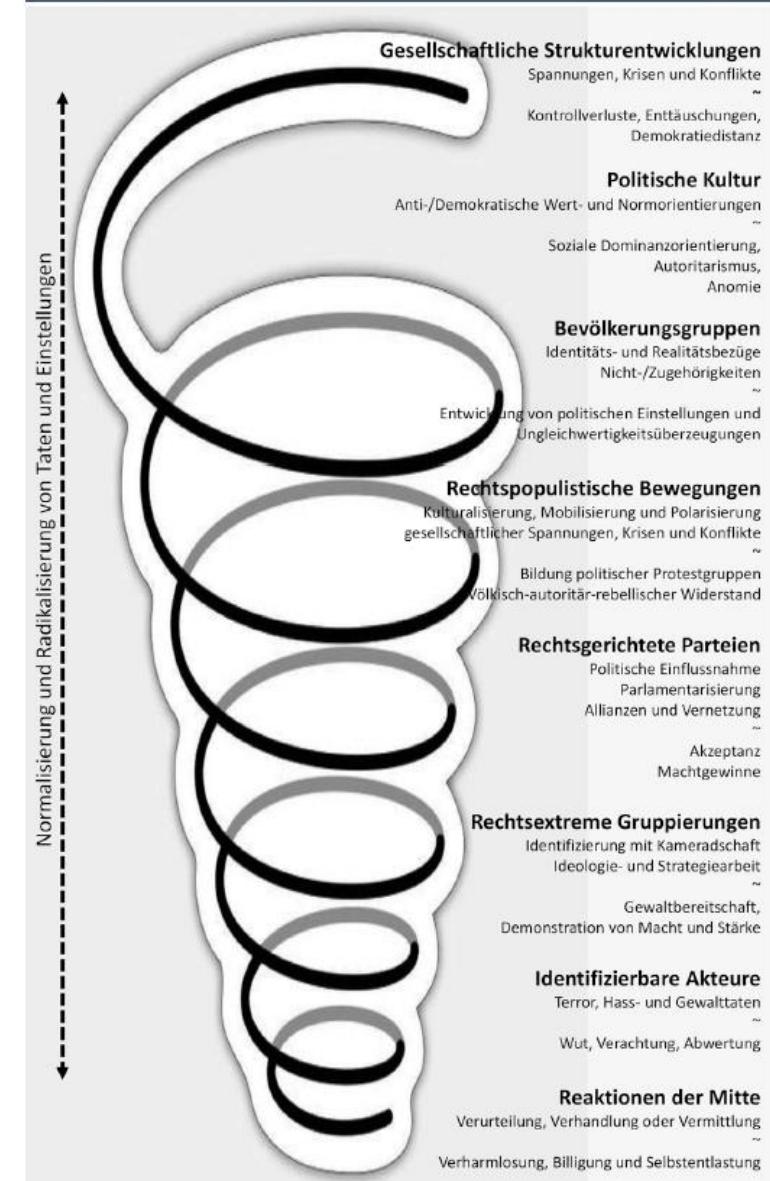
- „Normalisierung und Radikalisierung von Taten und Einstellungen“
- ausgehend von gesellschaftlichen Strukturentwicklungen: Spannungen, Krisen, Konflikte

Quelle:

Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023

Rechte Eskalationsspirale in der Mitte

Abb. 3.1



Womit Rechtspopulisten punkten

- Einfache Sprache
- Klare Bilder
- Aufgreifen von Ängsten, Schaffen eines diffusen Unsicherheitsgefühls
- Schaffen von Feindbildern und Sündenböcken
- Aufgreifen von sozialräumlichen Themen (*„die sorgen für Wohnungsnot“*)
- Thematisieren von (Alltags-)Problemen (*„die sind schuld, dass Strom teuer ist“*)
- Gemeinschaftsbildung (*„die vertreten nicht unsere Werte“*)
- Einfache, nachvollziehbare „Lösungen“ ohne komplizierte Begründungen (*„die müssen raus“*)



Populismus und Medien

- Populismus ist nicht in sich demokratifeindlich, noch kennzeichnend für politisch Rechte – man denke an Angela Merkel 2015: „Wir schaffen das!“
- Kennzeichnend für (Massen-)Medien sind wie beim Populismus: Emotionalisierung, Personalisierung und Komplexitätsreduktion
- jedoch problematische Tendenzen: Populismus ist nicht mehr Stilmittel, sondern ersetzt journalistische Standards: Einseitigkeit der Darstellung, Fehlen von Hintergründen, Betonung bestimmter Details, keine (klare) Trennung von Meinung und Fakt
- Massenmedien tragen oft zum Verstärken rechtspopulistischer Argumente bei

Populismus und Medien – Beispiel welt.de



PANORAMA DRESDEN

In Straßenbahn niedergestochener Amerikaner bescheinigt Deutschland „Einwanderungsproblem“

Zwei Männer belästigen mehrere Frauen in einer Dresdner Straßenbahn. Ein junger US-Amerikaner geht dazwischen – und wird selbst zum Opfer. Einer der Männer sticht den 21-Jährigen mit einem Messer nieder. Die Polizei nahm einen Syrer fest. Der Amerikaner meldet sich online zu Wort.

24.08.2025

Täter aus Syrien



PANORAMA NACH FAHNDUNG MIT FOTOS

Brutaler Messerangriff in Dortmund – Zwei gesuchte Männer stellen sich der Polizei

Zwei Männer griffen einen 42-Jährigen in Dortmund mit einem Messer an. Das Opfer wurde lebensgefährlich verletzt. Nach einer Öffentlichkeitsfahndung begeben sich die beiden zur Polizei.

26.08.2025

Täter aus Deutschland

Suchtreffer für „Messerangriff“: 7.648, darunter zahlreiche Artikel zum selben Thema – allein 10 Einzelartikel zu obigem Angriff in Dresden

Treffer für „Jugendbeteiligung“: 3.183; „Jugend“: 2.004

Populismus in Medien

- Reizthemen werden unreflektiert in den Vordergrund gespielt;
- Ablenken von anderen (wichtigen) Themen oder möglichen Lösungen; Diskreditierung von Akteur*innen und Lösungen
- Rechtsextreme und Rechtspopulisten können sich auf den „öffentlichen Diskurs“ berufen, die geschürten Ängste gezielt bedienen und ihre „schnellen Lösungen“ propagieren
- Zum Weiterlesen:
 - <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/75854/populismus-und-massenmedien>
 - <https://www.mdr.de/medien360g/medienwissen/populismus-und-medien-104.html>
 - Für die Jugendgruppe: „[Von Hogwarts nach Wakanda](#)“, Workshops für junge Menschen zum Thema politische Medienbildung

„Stimmt das Feindbild,
stimmt das Weltbild.“

„Neutralitätsgebot“

Im Verwaltungshandeln

- Behörden sollen sich im Grundsatz unparteilich und neutral in Bezug auf politische Themen und gegenüber politischen Parteien verhalten.
- Behörden kann im Bereich politischer Stellungnahmen und zu Sachthemen ein gewisser Spielraum zustehen
 - Willensbildungsprozess, vor allem in Bezug auf einzelne politische Parteien, oder die eigene Entscheidungsfindung dürfen nicht erkennbar und kausal beeinflusst werden.

[Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: WD 3 - 3000 - 085/23 (13.07.2023)]

Unparteilich, aber nicht wertneutral

- Das politische Neutralitätsgebot verlangt von Trägern staatlicher Gewalt Unparteilichkeit, nicht aber Wertefreiheit. Das schließt ein:
 - kritische Auseinandersetzung mit Überzeugungen und Programmen von Parteien
 - Sich von diesen abzugrenzen
 - zu themenspezifischen Veranstaltungen jene Parteivertreter*innen einladen, die sich zu den entsprechenden Inhalten fachkundlich äußern können.
- **Dementsprechend muss politische Bildung und Jugendarbeit auch keinesfalls politisch neutral sein.**
- Meinungsfreiheit muss zurückstehen, wo sie andere Grundrechte oder Verfassungsprinzipien verletzt.

In der politischen Bildung

- Auftrag von politischer Bildung: Meinungsbildung ermöglichen
 - Informationen über Politik, Parteien und ihre Positionen sachlich zu thematisieren
 - Kontroverse Themen müssen kontrovers diskutiert werden
 - Auftrag zum Einsatz für die verfassungsrechtlichen Werte.
- Fachkräfte haben Recht und Pflicht, menschenrechtsfeindliche, rassistische oder rechtsextreme Positionen einzuordnen und sich dem entgegenzustellen
 - Dies gilt auch, wenn es sich um Positionen von in den Parlamenten vertretenen Parteien wie der AfD handelt

In der Jugendarbeit

- § 11 SGB VIII: politische Bildung gehört zu den Aufgaben der Kinder- und Jugendarbeit
- Zivilgesellschaftliche Träger (Vereine) müssen nicht politisch neutral sein
- Handlungsleitend ist jeweils die Satzung der betreffenden Organisation
- Im Bereich politische Bildung, Demokratieförderung und Präventionsarbeit ist der Beutelsbacher Konsens handlungsleitend, für den das Kontroversitätsgebot gilt

Unparteilichkeit vs. Gemeinnützigkeitsrecht

- es gilt das Gebot der Überparteilichkeit
 - die Arbeit eines gemeinnützigen Vereins darf nicht als parteipolitische Betätigung verstanden werden; das ist finanzrechtlich im Gemeinnützigkeitsrecht geregelt
- insbesondere dürfen nicht einzelne Parteien oder Politiker*innen gezielt unterstützt werden
- Äußerungen zu politischen Inhalten sollen in satzungsgemäßigen Zielen, Fachlichkeit und den Vereinswerten begründet sein
- bei Verstoß droht Entzug der Anerkennung als gemeinnützig

„Wen wählst du eigentlich?“

- Meinungsfreiheit gilt auch für Fachkräfte
- Es gilt das Überwältigungsverbot: die eigene Meinung ist immer als eine von mehreren, gleichgewichtigen darzustellen
- Eigene Meinung als Einstieg in einen Meinungsaustausch betrachten; in Diskussionen darf die eigene Meinung vertreten werden
- Machtgefälle beachten, seid sensibel für eure Beziehung/ Vertrauensposition!
- „Mäßigungsgebot“ gilt auch außerhalb beruflicher Settings, spätestens dann, wenn mit Äußerungen gegen Grundwerte verstößen wird

#aktiv werden: Was können wir tun?

Formate: Demokratiebildung

- Raum für Diskussionen im Alltag schaffen
- Diskussionsregeln gemeinsam festlegen, z. B. im Vorfeld
- Auf Augenhöhe (v. a. bei Gästen beachten)
- Den Diskurs (und auch Streit) als demokratisches Element erlebbar machen
- Informationsquellen mitgeben: Demokratiebildung ist auch Medienbildung!
- Formate: Planspiel, Dilemma-Fragen, oder auch „zum Üben“ einfache Alltagsabstimmungen u. v. m.
- [Methodenpool „Demokratiewerkzeuge“ vom Projekt „Wir sind dabei!“]

Formate: Veranstaltungen über politische Themen (ohne Politiker*innen)

- Themen aufgreifen, die die Jugendlichen interessieren
- Fachpersonen aus Verwaltung, Interessenvertretung, Verbänden, Betroffene einladen
- Interessante Formate schaffen, dass Jugendliche das Feld gut erfassen können, auch künstlerische Formate einbeziehen
- Fachlichkeit und Lebensweltbezug sollte im Vordergrund stehen, nicht Programmatik
- Anschließend kann mit Jugendlichen anhand von Parteiprogrammen beurteilt werden, welche Parteien am ehesten der eigenen Meinung zum Thema entsprechen

Formate: Veranstaltungen mit Kandidierenden

- Idealerweise Jugendthemen als Aufhänger nehmen
- Bei Fachdebatten darf selektiert werden!
→ fachlich versierte Personen der demokratischen Parteien einladen
- Gerade, wenn Populist*innen mit dabei sein müssen: Frontalformate (Podiumsdiskussion) meiden
→ Fishbowl, World Café o. ä. Gruppenformate finden
- Wenn es zur Gruppe passt: direkte Konfrontation Politiker*innen durch junge Menschen möglich machen
- Diskussionen immer moderieren (lassen) → möglicherweise durch gut geschulte Jugendliche?

Exkurs: Moderation finden

- Die Servicestelle vermittelt gerne Fachpersonen zur Schulung von Jugendlichen
- Bitte Jugendliche aus Beteiligungsformaten „warm halten“
- Mögliche Fachstellen, die Moderator*innen entsenden können:
 - LpB
 - Parteinahe Stiftungen (FES, KAS, Heinrich Böll Stiftung, Friedrich Naumann Stiftung)
 - Stadt- und Kreisjugendringe, große Jugendverbände
 - Jugendpresse (oder auch Lokalpresse, wenn gute Kontakte bestehen)

Formate: Veranstaltungen mit Kandidierenden

- Die Kandidat*innen sollten gut gebrieft sein:
 - eine direkte, authentische Art zu kommunizieren kommt gut an
 - mit der Jugendgruppe die wichtigen Themen vorab auswählen, damit die Eingeladenen sich gut vorbereiten können
- Schwierige Meinungen/einfache Antworten nicht allein stehen lassen, aber: nicht alles muss ausdiskutiert werden
- Unwahrheiten immer direkt kommentieren, am besten mit Fakten; hier ist souveräne Moderation gefragt
- Hausrecht und Kommunikationsregeln im Vorfeld abklären und kommunizierte und im Zweifel darauf zurückgreifen

Formelle Vorgaben, Kommunale Trägerschaft

- Für Veranstaltungen in Schulen gilt die **Karenzzeit** von 8 Wochen;
- Die Vorgabe für kommunale Träger wird von der Kommune gemacht und kann abweichen: 8 Wochen bis 6 Monate sind üblich
- Politische Bildung darf auch innerhalb dieser Zeit stattfinden, sofern einzelne Themen ausgewogen diskutiert werden.
- Einzelne Parteien dürfen innerhalb der Karenzzeit nicht bevorzugt werden.
- Kommunale Gebäude und **Hausrecht**:
Zulässig ist nur eine Beschränkung nach der Art der Nutzung. Stellt eine Gemeinde danach ihre kommunalen Einrichtungen auch politischen Parteien zur Verfügung, muss sie alle Parteien gleichbehandeln.

Formelle Vorgaben, Kommunale Trägerschaft

- Bei der **Einladung**: Parteien, deren Wahlvorschläge zugelassen wurden, müssen angemessen berücksichtigt werden:
- Kandidat*innen wichtiger Parteien sollten eingeladen werden
 - Von Parteien, die im Landtag vertreten sind
 - Die eine hohe Aussicht auf Einzug in den Landtag haben
 - Die im aktuellen öffentlichen Diskurs einen hohen Stellenwert haben
 - Teilweise auch Parteien, die im Gemeinderat vertreten sind
- Der Veranstalter, z. B. Gemeinde, Jugendvertretung, sollte sich unparteiisch gegenüber allen Eingeladenen bei der Veranstaltung verhalten (Meinungsfreiheit und Werte gelten trotzdem).

Formelle Vorgaben, Kommunale Trägerschaft

- Öffentliche **Wahlaufrufe** kommunaler Organe und Amtsträger, mit denen kurz vor dem Wahltag zur Teilnahme an der Wahl aufgerufen wird, sind unter strikter Beachtung der Neutralität zulässig.
- Wahlaufrufe können sich auch an bestimmte Bevölkerungsgruppen richten, z. B. die Erstwähler*innen, sofern sie öffentlich erfolgen → von jedermann wahrgenommen werden können.
- Dagegen ist es problematisch, wenn bestimmte Gruppen von Wahlberechtigten, z. B. Erstwähler*innen, von der Gemeinde oder ihr zuzurechnenden Institutionen, z. B. Jugendgemeinderat, persönlich angeschrieben werden, um sie zur Wahlteilnahme zu animieren.

Formelle Vorgaben, freie Träger

- Für freie Träger gilt, was in der Satzung oder ähnlichen innerorganisatorischen Regelungen festgeschrieben ist.
- Es lohnt sich, ggf. Regelungen bereits im Vorfeld zu beschließen – z. B. Umgang mit der AfD, was bedeutet „Neutralität“, welche Werte vertritt die Organisation nach außen.
- Um gezielt Erstwähler*innen zu erreichen, kann eine Gruppenauskunft nach § 46 BMG versucht werden. Ein öffentliches Interesse der Auskunft muss begründet werden – der LJR hat hier in der Vergangenheit schon positive Erfahrung gemacht.
- Hilfreiche Tipps zur Vorbeugung gibt's in der Arbeitshilfe „Sicher gegen rechts“ des Landesjugendrings.

Prävention: Hausrecht, Ausschlussrechte, Diskussionsregeln

- Eine gute Vorbereitung ist essenziell
- Ausschlusskriterien formulieren (Satzung/Leitbilder/Hausrecht/Antidiskriminierungsklausel)
- Problemlagen einschätzen: ggf. Hilfe suchen (Fachorganisationen)
- Rollen innerhalb der Veranstaltung klären (Moderation, Saalmikrofon, Technik, Awareness-Person)
- Diskussionsregeln festlegen und zu Beginn der Veranstaltung transparent machen v.a. wie mit Fragen aus dem Publikum umgegangen wird
- Bei erheblicher Störung vom Hausrecht gebrauch machen (Achtung: kritische Bemerkung vs. strafrechtlich relevante Äußerung)

Fazit: Neutralität ist Abwägungssache

- Es gibt Neutralität in Form von Überparteilichkeit in der Demokratiearbeit, aber nicht gegenüber der Demokratie.
- Wir sind nicht neutral im Hinblick auf unsere Zielgruppen
- Gut abwägen, ob man eine Veranstaltung mit Vertreter*innen der Parteien macht oder alternative Veranstaltungskonzepte in Betracht zieht (z.B. Themenbasierte Veranstaltungen mit Fachpersonen)
- Gute Vorbereitung im Vorfeld einer Veranstaltung: Hausrecht, Kommunikationsregeln



Fazit: Neutralität ist Abwägungssache

- Das Recht auf Meinungsfreiheit (von Personen) bzw. auf Chancengleichheit (der Parteien) schützt nicht vor Kritik oder vor der kritischen Auseinandersetzung mit ihren Positionen.
- Werden Menschenrechte oder demokratische Grundwerte angegriffen sind Fachkräfte verpflichtet, Position zu beziehen und nicht neutral zu bleiben.
- Die eigene Meinung darf auch in der politischen Bildung hineinspielen, Mäßigungsgebot und Überwältigungsgebot beachten.



Schleichwerbung: Poster/Postkarte



Hier bestellen: <https://skjb-bw.de/material-nicht-neutral>

Kontakt

Allgemeine Anfragen:

info@skjb-bw.de

Immer die richtige Person finden:

<https://kinder-jugendbeteiligung-bw.de/servicestelle/kontakt>

Der direkte Draht zum Team Wahlalter:

wahlen@skjb-bw.de

<https://kinder-jugendbeteiligung-bw.de/angebote/wahlalter-16>

Weiterlesen

- Linkliste zum Neutralitätsgebot bei der SKJB: <https://skjb-bw.de/infopool-wahlen>
- Handreichung „Haltung statt Neutralität“ vom DBJR: <https://www.dbjr.de/haltung-statt-neutralitaet>
- Deutsches Institut für Menschenrechte, <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de>
- Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023.
<https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>
- Neue Caritas, Ausgabe 02/22, <https://www.caritas.de/neue-caritas>
- JIM 2024: <https://mpfs.de/studie/jim-studie-2024/>
- BAG OKJE e. V.: Alles, nur nicht neutral. Eine Handreichung für die Jugendarbeit zum Umgang mit Neutralitätseinforderungen und politischen Interventionen, 2021.
https://offene-jugendarbeit.net/dateien/pdf/Handreichung_OKJE-RZ-web.pdf

Weiterlesen

- BAG OKJE: Stay with the Trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, 2021.
<https://www.offene-jugendarbeit.net/index.php/projekte/stay-with-the-trouble>
- Broschüre der Stadt München Veranstaltungsstörungen durch die extreme Rechte... Und was dagegen hilft. https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:b807d5d3-213a-4d8d-b2d3-1ce2e0eba5d2/Broschuere_Veranstaltungsstoerungen_web.pdf
- Handreichung der BAG OKJA zum Umgang mit der Neutralitätspflicht: <https://www.oja-wissen.info/dokumente/alles-nur-nicht-neutral>
- Handreichung zur politischen Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit: <https://www.oja-wissen.info/dokumente/stay-with-the-trouble>
- Wissenssammlung und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit dem Neutralitätsgebot und zu politischer Bildung in der OKJA: <https://offen-politisch.de/>
- Stellungnahme des Deutschen Jugendinstituts zum Antrag der AfD im Landtag NRW zur politischen Neutralität:
<https://www.landtag.nrw.de/portal/www/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-2933.pdf>



SKJB
—
BW